

Politik & Wirtschaft

Welche Rolle spielten die Rohstoffhändler?

Sanktionen Als der Bundesrat beschloss, eine EU-Massnahme gegen Russland nicht mitzutragen, erntete er Kritik von links. Aussenminister Cassis hatte ebenfalls Einwände.



Bundesrat Guy Parmelin erläutert an einer Medienkonferenz im Frühjahr 2022 die Übernahme von EU-Sanktionen gegen Russland. Foto: Keystone

Charlotte Walser

Die Schweiz trägt die Sanktionen der EU gegen Russland grundsätzlich mit. Das hatte der Bundesrat nach dem russischen Angriff auf die Ukraine entschieden. Mit wenigen Ausnahmen hat die Schweiz seither neue Sanktionen übernommen. Im vergangenen Oktober beschloss der Bundesrat allerdings, eine Massnahme nicht zu übernehmen. Diese soll die Umgehung von Sanktionen verhindern.

Die EU hat Konzerne auf ihrem Gebiet dazu verpflichtet, sich «nach besten Kräften» darum zu bemühen, dass ihre Tochterfirmen in Drittstaaten keine Sanktionen umgehen. Der Bundesrat lehnte es auf Antrag von Wirtschaftsminister Guy Parmelin ab, Schweizer Konzerne dazu zu verpflichten.

US-Botschafter Scott Miller zeigte sich «enttäuscht», die SP bezeichnete den Entscheid als «skandalös». Die Schweiz stelle damit die Interessen von Rohstoffhändlern, die vom Krieg profitierten, über ihre internationale Verantwortung, schrieb die Partei.

Erhebliche Zweifel an der Durchsetzbarkeit

Parmelins Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) wies den Vorwurf zurück. Der Entscheid sei nicht politisch motiviert, schon gar nicht wirtschaftspolitisch, hiess es beim Seco. Man zweifle vielmehr an der Umsetzbarkeit der Regel. «Ich weiss nicht, wie man in dieser Bestimmung eine «Lex Rohstoff» erkennen kann», sagte Simon Plüss, der Zuständige für Sanktionen im Seco, da-

mals. Die Bestimmung gelte für alle Branchen.

Interne Dokumente, die diese Redaktion gestützt auf das Öffentlichkeitsgesetz erhalten hat, zeigen allerdings, dass es tatsächlich die Rohstoffhändler waren, die vor dem Entscheid

«Ich weiss nicht, wie man in dieser Bestimmung eine «Lex Rohstoff» erkennen kann.»

Simon Plüss

Zuständiger für Sanktionen im Staatssekretariat für Wirtschaft

ans Seco gelangt waren. Der Verband Suisse-Énergie schreibt in einer E-Mail vom 4. Juli 2024, ein Artikel des neuen Sanktionspakets würde zu «rechtlichen Unsicherheiten für die Schweizer Rohstoffhandelsindustrie» führen.

«Gerne würden wir deshalb vom Seco erfahren, inwiefern und in welchem Ausmass die Schweiz vorhat, dieses 14. Paket der EU zu übernehmen.» Und: «Wir würden es begrüßen, wenn wir uns im Vorfeld eines solchen Vorhabens mit Ihnen und Ihrem Team entsprechend austauschen könnten.» Eine Delegation von Sanktionsspezialisten sei gerne bereit, sich nach Bern zu begeben. Ob es zu einem Treffen kam, lässt sich dem E-Mail-Verkehr nicht entnehmen.

Es wurden aber Telefongespräche vereinbart.

Eine Anwaltskanzlei stellte sich ebenfalls gegen die Übernahme der Sanktion – in wessen Auftrag, geht aus den Dokumenten nicht hervor. Die Kanzlei argumentiert, es sei unklar, was es bedeute, dass sich eine Firma «nach besten Kräften» bemühen müsse. Die EU erwarte aber letztlich, dass Tochtergesellschaften ausserhalb der EU die Sanktionen ebenfalls umsetzen müssten. Das widerspreche der bisherigen Praxis des Seco und dem Territorialprinzip, wie man es mehrfach mit dem Seco diskutiert habe.

Die Anwaltskanzlei fragt: «Wie soll eine Schweizer Aktionärin einer ausländischen (nicht EU-)Gesellschaft diese dazu verpflichten können, sich an EU- oder Schweizer Sanktionen zu halten?» Dazu fehlten die rechtlichen Mittel. Geradezu unmöglich sei die Erfüllung der Bestimmung in Bezug auf Tochtergesellschaften in Russland und China. In diesen Ländern sei die Umsetzung von ausländischen Sanktionen nämlich ausdrücklich verboten.

Das Wirtschaftsdepartement (WBF) von Bundesrat Parmelin schlägt schliesslich mit einer ähnlichen Argumentation vor, die Sanktion nicht zu übernehmen. Es bestünden erhebliche Zweifel an der Durchsetzbarkeit der Bestimmung, schreibt das WBF in verwaltungsinternen Dokumenten.

Es warnt auch vor dem Widerstand der Branche: Die Einführung einer solchen unbestimmten Bestimmung dürfte zu «Eingaben der Verbände führen, einhergehend mit entsprechen-

den parlamentarischen Vorstössen». Zwar sei aussenpolitisch ein gewisser Druck auf die Schweiz möglich, wenn sie die Sanktion nicht übernehme. Vorwürfe dürften sich aber unter Hinweis auf die Schwierigkeiten bei der Umsetzung entkräften lassen.

Ignazio Cassis: «Argument reicht nicht»

Im Bundesrat war das Geschäft umstritten. Nicht nur die SP-Vertreter hatten Einwände: Das Auswärtige Departement (EDA) von Ignazio Cassis schreibt am 28. August in einer E-Mail ans Wirtschaftsdepartement (übersetzt aus dem Italienischen): «Was die Verpflichtungen in Bezug auf die in Drittländern niedergelassenen Tochtergesellschaften betrifft, so wiederholen wir, dass das vom Seco vorgeschlagene Argument nicht ausreicht, um die Nichtübernahme dieser Massnahme zu rechtfertigen.»

Das EDA schlägt jedoch nicht vor, die Sanktion zu übernehmen, sondern die Argumentation zu verstärken. Eine Nichtübernahme müsse gut begründet sein, schreibt es in seinen Kommentaren zum Text aus dem WBF. Das sei mit dem Argument der mangelnden Klarheit nicht der Fall, zumal die Schweiz nichts daran hindere, ihre eigenen Regeln zu präzisieren. Hingegen spreche das Territorialprinzip gegen eine Übernahme der Sanktion – das Prinzip, wonach sich Schweizer Recht typischerweise auf Vorgänge in der Schweiz bezieht.

Der Bundesrat bringt schliesslich beide Argumente vor, als er am 16. Oktober beschliesst, die Sanktion nicht zu übernehmen.

Der letzte umweltpolitische Abweichler verlässt die FDP

Wechsel zur GLP Nationalrat Matthias Jauslin trägt den Kurs der Partei nicht mehr mit.

Fast 30 Jahre politisierte Matthias Jauslin für die FDP. Der Unternehmer aus dem aargauischen Wohlten sass in der Legislative und der Exekutive der Gemeinde, später im aargauischen Grossen Rat. Er war vier Jahre Präsident der FDP Aargau, und seit 2015 vertrat er die Partei im Nationalrat. Nun hat er genug. Der 62-Jährige verlässt die FDP per sofort und tritt der GLP bei.

Seinen Wechsel begründet er mit dem Kurs der FDP in Umweltfragen, Raumplanung oder Klimapolitik hätten inzwischen keine Priorität mehr, sagt er. Der Erhalt der Biodiversität oder die Reduktion des CO₂-Ausstosses seien für ihn keine Fragen, die sich in ein Links-rechts-Schema einordnen liessen. «Dass unser CO₂-Ausstoss zu gross ist, sollte längst allen klar sein, egal wo sie sich politisch verorten», sagt Jauslin. Er bleibe seinen liberalen Überzeugungen treu. Diese Gesinnung beinhalte den Einsatz für eine freiheitliche Ordnung, aber auch für Gemeinwohl. Der Entscheid zum Parteiwechsel sei über eine lange Zeitspanne gereift und über die Festtage gefallen, sagt Jauslin.

Kritik am Zeitpunkt des Parteiwechsels

FDP-Präsident Thierry Burkart nimmt den Parteiwechsel «zur Kenntnis». Angesichts der Tatsache, dass Jauslin oft anders gestimmt habe als die Fraktion, komme der Wechsel nicht völlig überraschend. «Allerdings hätte ich es selbstverständlich begrüsst, wenn Matthias Jauslin den Wechsel vor den eidgenössischen Wahlen vollzogen hätte», sagt Burkart. Zum Vorwurf des umweltpolitischen Kurswechsels sagt Burkart: «Wir unterstützen sowohl das Klimaschutzgesetz als auch das Stromgesetz. Aber wir wehren uns gegen immer mehr Subventionen, die dem Klima nichts bringen.» Dass auf jenen von Jauslin weitere Parteiaustritte folgen, befürchtet der FDP-Präsident nicht.

Es stimme, dass er im Parlament regelmässig anders als die Fraktionsmehrheit gestimmt habe, sagt Jauslin. «Ich will abends noch in den Spiegel schauen können.» Dass er den Parteiwechsel vor den Wahlen hätte vollziehen sollen, sieht Jauslin nicht. Er sei im Aargau von jenen gewählt worden, die gleiche umweltpolitische Prioritäten setzten wie er, also von Anhängern des progressiven, gesellschaftsliberalen FDP-Flügels.

Auf die neue Legislatur, die im Dezember 2023 begann, wurde Matthias Jauslin vom FDP-Fraktionsvorstand gegen seinen Willen von der Umwelt- in die Verkehrskommission versetzt. Diese Umteilung sei erst nach den Wahlen

erfolgt, sagt Jauslin. Dass die FDP mit Christian Wasserfallen einen Vertreter in die Umweltkommission delegiert habe, der eine komplett andere Energiepolitik betreibe, belege den Kurswechsel. Früher hätte die FDP auch das Verbandsbeschwerderecht nicht grundsätzlich infrage gestellt, sagt Jauslin. Und die Forderung nach einem sofortigen Ausbau der Atomkraft stimme nicht mit früheren Parteibeschlüssen überein.

Grosse Freude bei den Grünliberalen

In der Umwelt- und Energiepolitik war Jauslin der letzte FDP-Parlamentarier, der regelmässig von der Fraktionslinie abwich. Dissonanzen gab es aber auch in der Europapolitik. Jauslin stört sich daran, dass die FDP nicht klar hinter den mit der EU ausgehandelten Bilateralen III steht. «Eine Wirtschaftspartei müsste alles daransetzen, dass die Beziehungen der Schweiz zum eindeutig wichtigsten Handelspartner geregelt sind.»

Die Europapolitik könnte in der FDP zu mehr Diskussionen führen als der mittlerweile unbestrittene umweltpolitische Kurs. Generell sind Abweichler in der FDP aber seltener geworden. Einer, der in der Europapolitik und in Grundrechtsfragen immer wieder von der Linie abwich, war der Solothurner Kurt Fluri. Dieser trat Ende 2023 zurück.

Bei der GLP herrscht grosse Freude. «Wir teilen dieselben Haltungen und Werte», sagt Fraktionspräsidentin Corina Gredig. Parteipräsident Jürg Grossen bezeichnet Jauslin als «progressiven Unternehmer». Als langjähriger Energie- und Verkehrspolitiker passe er gut zur GLP. «Wir freuen uns, dass ein liberaler Geist und verantwortungsvoller Politiker wie er in der GLP seine neue Heimat findet.»

Keine Absetzbewegung erwartet

Letztmals erhielt die GLP 2019 einen prominenten Zuzug. Damals wechselte die frühere SP-Nationalrätin Chantal Galladé die Partei. Ihren Wechsel nach 30 Jahren SP-Mitgliedschaft begründete sie mit der Ablehnung des Rahmenvertrags mit der EU durch die SP. Allerdings hatte auch die GLP schon Austritte zu verkraftet. Im Februar 2023, wenige Tage nachdem Isabel Garcia als Zürcher GLP-Kantonsrätin wiedergewählt worden war, gab sie den Übertritt zur FDP bekannt. Dieser Wechsel hatte sogar ein juristisches Nachspiel und landete vor Bundesgericht.

Politologe Georg Lutz wertet den Parteiübertritt von Jauslin als Einzelfall, der für FDP-Präsident Burkart zwar ärgerlich, aber für die FDP kein Drama sei. Parteiübertritte seien in der Schweiz eher selten. Eine Absetzbewegung erwartet Lutz nach Jauslins Austritt aus der FDP nicht. Nach Ansicht des Politologen Lukas Golder hat der Wechsel Jauslins für die kleinere GLP eine grössere Bedeutung als für die FDP. Die GLP könne mit dem Zuzug eines bürgerlichen Politikers ihr liberales Profil stärken und das Image einer Partei mit einem gewissen Linksdrahl korrigieren, sagt Golder.



Matthias Jauslin: «Ich will abends noch in den Spiegel schauen können.» Foto: «20 Minuten»

Markus Brotschi